<u>Herr Liermann</u> erläuterte, dass das angekündigte Gespräch mit der Regionalagentur Bonn/Rhein-Sieg Mitte November stattfinden werde; ein Vorgespräch sei bereits im September geplant. Von dem Treffen erhoffe er sich, mit interessierten Bereichen der Stadt Bonn in Austausch zu treten und bestimmten Anbietern von Praktikumsplätzen die Möglichkeit zu eröffnen, dort für sich zu werben.

<u>KTM Haacke</u> zeigte sich erfreut, dass die Pflegeberufe inzwischen eine andere Wahrnehmung in der Gesellschaft gefunden hätten. Problematisch sei jedoch der Mangel an Lehrkräften. Von daher sei es umso wichtiger, dass die Regionalagentur Bonn/Rhein-Sieg in ihrer Netzwerkfunktion aktiv werde und nicht nur eine werbende, sondern vielmehr eine koordinierende Rolle einnehme. Er bat darum, diesen Aspekt beim angekündigten Treffen mit der Regionalagentur aufzugreifen und bot im Namen seiner Fraktion gleichzeitig seine Unterstützung an, sofern auf anderer Ebene eingeschritten werden müsste.

KTM Anschütz erkundigte sich danach, wie viele Ausbildungsplätze vorhanden seien bzw. fehlen würden. Ihrer Ansicht nach sei das ganze Dilemma um die Ausbildungssituation im Bereich der Pflegeberufe auf verschiedene Umstände zurückzuführen. So stelle der Zusammenbruch der Infrastruktur neben der Neuausrichtung auf eine generalistische Ausbildung einen weiteren, nicht zu unterschätzenden Aspekt dar. Als Beispiel nannte sie die Schließung einzelner Krankenhäuser im Rhein-Sieg-Kreis. Ebenso erhöhe sich der Bedarf an Ausbildungsplätzen durch die zunehmend alternde Bevölkerung.

Zur Ausbildungssituation verwies <u>Herr Liermann</u> auf die Beantwortung der Anfrage der Kreistagsfraktionen CDU/GRÜNE vom 03.02.2021; zu Ziffer 2 sei zur Situation der Ausbildungsstellen für Pflegeberufe im Rhein-Sieg-Kreis ausführlich berichtet sowie eine Tabelle beigefügt worden, der sich die genauen Zahlen entnehmen lassen. Er bot an, für im Nachhinein weiterhin ungeklärte Fragen zur Verfügung zu stehen, wies jedoch gleichzeitig darauf hin, dass es sich hierbei um Zahlen handele, die der Verwaltung von außerhalb zugeliefert worden seien.